

Basta!

Basels starke Alternative

STADTENTWICKLUNG

Globalisierter Massenkonsum, Klimakrise und ein neues Hafenbecken 3

AZB
4005 Basel

Mutationen an:
Postfach 225
4005 Basel



Quelle: gosserrat.bs.ch/images/phocagallery/Bilder-Galerien/Parlamentsgeschehen
Foto: Michael Fritschi

Auf den ersten Blick mag die Idee, ein neues Hafenbecken zum geplanten Containerterminal hin zu bauen, vielleicht einleuchten, zumal sie mit dem Wunsch verbunden ist, mehr Güter vom Schiff auf die Bahn zu bringen. Nur hält diese Idee bei näherer Betrachtung keiner Argumentation mehr stand. Die Debatte im Grossen Rat hat fast den ganzen Vormittag gedauert und mein Rückweisungsantrag hatte keine Chance und auch das Schlussresultat war dann leider so was von deutlich. Nur der Grossteil der Fraktion des Grünen Bündnisses und vereinzelte Grossräte der SVP und FDP lehnten den Ratschlag zur Finanzierung eines neuen Hafenbeckens für 115 Mio. Franken ab. Die Sozialdemokratische Partei hat geschlossen für das Hafenbecken gestimmt, was mich ehrlich gesagt schon verwundert – eine wachstumskritische Haltung war zumindest an diesem Morgen

bei der SP nicht mehr auszumachen.

Eine reine Wachstumsstrategie im weltweiten Güterhandel können wir uns 2020 nicht mehr leisten

Die unzähligen farbigen Container auf den riesigen Containerschiffen, welche die Weltmeere kreuzen und all die Waren von den Billig-Produktionsländern zu den Häfen der Industrienationen liefern, stehen für eine kapitalistische Wachstumslogik, die wir uns im Jahre 2020 in Anbetracht des Klimawandels nicht mehr leisten können. Eine solche Wirtschaftsform lehnen wir auch heute noch ab, wie wir dies schon vor 20 Jahren gemacht haben, als das Buch „No Logo“ von Naomi Klein, ein Jahr nach der grossen globalisierungskritischen Bewegung in Seattle (1999), erschienen ist. Nur ist

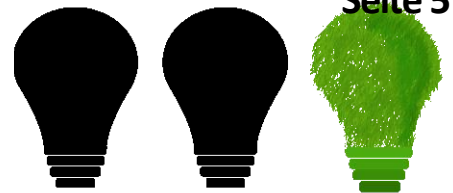
weiter auf Seite 3

Seite 4



Zur Co-Kandidatur für den Regierungsrat

Seite 5



Mit Nachhaltigkeit so richtig in die Klimakrise

Seite 7



Abstimmungsparolen 17. Mai 2020

Montag, 23. März, 19:00 Uhr -
Gewerkschaftshaus, Rebgasse 1, 1. Stock
Mitgliederversammlung

Samstag, 21. März bis 28. März,
mehr Infos S. 8

Solidaritätstage Sans Papiers

Montag, 06. April

Koordination

Freitag, 03. bis Sonntag 05. April - Humbug,
Klybeckstrasse 241/K104

Konferenz Gesundheit ist keine Ware

Dienstag, 21. April

Koordination

Samstag, 25. April

6. March against Bayer & Syngenta

Mittwoch, 29. April

Jahresversammlung

Freitag, 1. Mai

Demo & Fest

Freitag, 8. Mai - Robi Horburg, 19:00 Uhr

**gemeinsame Nominierung der Grossrats-
kandidierenden mit Grüne BS und jgb**

Freitag, 15. Mai

**Strike for Future - schweizweiter
Klimastreik**

MITGLIED WERDEN

Als Mitglied erhältst du unseren Newsletter und 4 Mal im Jahr das BastA!-Bulletin gratis nach Hause geschickt. Zudem hast du das Recht, an den Mitgliederversammlungen teilzunehmen und bei allen Entscheidungen, wie z.B. Parolenfassungen, deine Meinung einzubringen und mitzubestimmen. Du erhältst auch jeweils eine Einladung zu den Koordinations-Sitzungen (Vorstandssitzungen), die bei BastA! grundsätzlich für alle Mitglieder offen sind.

Deinen Mitgliederbeitrag legst du selber fest, Richtgrösse ist 1% des Nettoeinkommens, der Minimalbeitrag beträgt Fr. 10.- pro Monat respektive Fr. 120.- pro Jahr.

<http://basta-bs.ch/mitglied>

Nr 01/2020

IMPRESSUM

Redaktion: Franziska Stier, Martin Flückiger, Till Kleisli, Mariann Gloor

Layout & Bildredaktion: Till Kleisli, Franziska Stier

Auflage: 1200

Druck: Rumzeis Basel

Herausgeber: Förderverein BastA!,
Rebgasse 1, Postfach, 4005 Basel

E-Mail: sekretariat@basta-bs.ch

Telefon: 061 / 691 16 31

Konto: PC 40-31244-5

2

Mindestlohn und Wohnschutz - Sieht so rot-grüne Politik aus?

Kurz vor Weihnachten erschien der Bericht des Regierungsrats zur Kantonalen Volksinitiative „Kein Lohn unter 23.-“. Die Initiative wurde Anfang 2019 eingereicht und verlangt die Einführung eines Mindestlohns von 23.- Fr. pro Stunde. In seinem Bericht anerkennt der Regierungsrat zwar die Notwendigkeit eines Mindestlohns, präsentiert jedoch einen formulierten Gegenvorschlag in welchem er die sorgfältig recherchierten Berechnungen des Initiativkomitees in Frage stellt und einen Mindestlohn von 21 Fr. brutto vorschlägt.

Der Regierungsrat unterbietet den knapp bemessenen Vorschlag der Initiative nun also um 2 Fr.! Dieser Vorschlag löst bei uns Empörung und viele Fragen aus:

Wie kommt der Gesamregierungsrat, dessen Mitglieder mit Jahresgehältern von weit über 200'000.- Fr. entlohnt werden, auf diesen knausrigen Gegenvorschlag? Ist ihm die Prekarität von Tiefstlöhnen unbekannt oder gleichgültig? Ist dem Regierungsrat nicht bewusst, dass die Lebenshaltungskosten in Basel-Stadt schweizweit zu den höchsten gehören? Oder sind es taktische Gründe, die den Regierungsrat zu diesem Dumpingvorschlag bewogen haben?

Anfang dieses Jahres erschien dann der Bericht des Regierungsrats zur Wohnschutzinitiative II. Diese Initiative kam in Rekordzeit zustande und will mit gewissen Übergangsbestimmungen im Gesetz raschen Schutz der Mieter*innen vor Kündigungen erreichen. Diesen Schutz hatte die Stimmbevölkerung mit der klaren Annahme der 4 Wohnschutzinitiativen 2018 verlangt. Die Regierung war jedoch seither untätig und trägt Mitverantwortung an der weiterhin höchst angespannten Situation auf dem Wohnungsmarkt. Die Situation ist für viele Mieter*innen dramatisch, bezahlbarer Wohnraum ist in Basel rar, es wird immer schwieriger, eine Wohnung zu finden, die das Einkommensbudget nicht übersteigt. Es braucht dringend Schutzmassnahmen, damit nicht noch mehr Menschen aus ihren angestammten Wohnungen vertrieben werden.

Doch der Regierungsrat ist nicht bereit, diese Situation zu verbessern und beantragt in seinem Bericht an den Grossen Rat, die Wohnschutzinitiative für rechtlich ungültig zu erklären.

Auch dieser Vorschlag empört uns und lässt viele Fragen aufkommen:

Wie kommt der Gesamregierungsrat darauf, die sorgfältig formulierte und mit Hilfe von namhaften Rechtsexpert*innen ausgearbeitete Wohnschutzinitiative einfach für ungültig zu erklären? Warum ist der Regierungsrat nicht bereit, den Willen der Stimmbevölkerung umzusetzen und griffige Massnahmen zum Kündigungsschutz zu ergreifen. Sind dem Regierungsrat die Nöte der Mieter*innen egal? Gewichtet er den Schutz der Interessen von profitierbaren Investoren und Spekulanten höher, als den Schutz der Mieter*innen vor Massenkündigungen, Mietzinsnot, Sinnlosanierungen und Aggressivinvestoren? Warum versteckt sich der Regierungsrat hinter juristischen Argumenten, anstatt endlich soziale Wohnpolitik zu betreiben?

Wir sind empört und enttäuscht, dass der Regierungsrat mit seiner rot-grünen Mehrheit offenbar nicht bereit ist, die Anliegen der Bewohner*innen von Basel-Stadt anzuerkennen. Viele Menschen haben sich für bezahlbaren Wohnraum und einen gerechten Mindestlohn engagiert, indem sie auf der Strasse in unzähligen Stunden Unterschriften gesammelt, Flyer verteilt und Stände betreut haben. Statt dieses Engagement für ein sozial gerechtes Basel anzuerkennen und die Nöte der Menschen ernst zu nehmen bringt die Regierung einen geringschätzigen Gegenvorschlag zum Mindestlohn und versucht dringend nötige Sofortmassnahmen zum Schutz der Mieter*innen zu verhindern.

Wir sind nicht nur empört, sondern auch ratlos über die absolut enttäuschende Miet- und Sozialpolitik des Regierungsrats mit rot-grüner Mehrheit.

Und wir fragen uns: Sieht so rot-grüne Politik aus? Sind das die realpolitischen Möglichkeiten einer rot-grünen Regierungsmehrheit?



Heidi Mück & Sina Deiss,
Co-Präsidentinnen BastA!

heute alles noch viel dynamischer, billiger, kurzlebiger als vor 20 Jahren, und vor allem haben wir nun eine weitere grosse menschliche Herausforderung zu meistern – den KLIMAWANDEL! Wie kann es sein, dass der Grosse Rat ein riesiges Infrastrukturprojekt befürwortet, welches mitten in die Stadt gebaut werden soll, und dies auch noch auf einem Gebiet, welches unter hohem Naturschutz steht. Und dies, obwohl wir hier den Klimanotstand ausgerufen haben?!

Die Erklärung: ein Zusammenkommen von ganz unterschiedlichen Interessen

Es geht in dieser Vorlage eben halt nicht nur um den Hafen. Falls dies nämlich so wäre, hätten wir die bestehende alte Infrastruktur in den Hafengebieten 1 + 2 mit einem Bruchteil der 115 Mio. erneuert. Zudem hätten alternative zukunftsfähige Bahnanschlusslösungen entwickelt und geprüft werden können – aber eben, es geht nicht primär um den Hafen. Es geht darum, dass die SBB und die anderen Betreiber-gesellschaften ihr Containerterminal für den Transitverkehr bekommen, und dafür erhält die Stadt einen Teil des bestehenden Hafengebiets und die Klybeckinsel für die Stadtentwicklung. All dies unter dem Deckmantel von Klimaschutz. Da erst durch das Hafengebiet 3 ein optimaler Anschluss an Bahn und somit eine Verlagerung von Schiff auf Bahn anstatt LKW möglich wäre. Doch in einer kapitalistischen Wirtschaft bestimmt immer noch der Preis die Güterwege, und somit wird es zwar mehr Container zum Verladen geben - aber es wird illusorisch sein, den geplanten Zielwert von 50% Verlagerung zu erreichen. Das Konstrukt Gateway Basel Nord hätte eine Monopolstellung im Containerverkehr und hofft, vom Kuchen ein grosses Stück zu erhalten. Wobei anzumerken ist, dass es völlig unklar ist, wie sich der Containermarkt entwickeln wird. Die Prognosen des Bundes sind sehr optimistisch und die



Westquai, Dezember 2019, Foto: Tonja Zürcher

Möglichkeit, dass ein Teil der Güter vermehrt in den Mittelmeerhäfen (Genua, Savona) gelöscht werden oder aufgrund Niedrigwasser am Mittelrhein gar nicht nach Basel kommen, wird ausser Acht gelassen. Und so stellt sich die Frage, ob im Jahr 2020 aufgrund der unklaren Situation so viel Beton für ein zusätzliches Hafengebiet verbaut werden soll.

Das Hafengebiet 3 und das geplante Containerterminal sind aus einer marktwirtschaftskritischen Haltung klar abzulehnen. Doch es gibt noch etliche andere gute Gründe, dieses veraltete, von der SBB vorangetriebene Riesen-Infrastrukturprojekt abzulehnen – hier eine kleine Aufzählung:

- **Das Hafengebiet 3 ist unnötig!** Der jetzige Hafen ist nicht am Anschlag – es bestehen noch genügend Kapazitätsreserven, um auch einen Anstieg des Containerverkehrs aufzufangen.

- **Das ganze Projekt wird mit insgesamt 240 Mio. Franken Steuergeldern viel zu teuer!**

115 Mio. Franken alleine für das Hafengebiet 3. Diese hohen Kosten stehen in keinem Verhältnis zur erhofften Wirtschaftlichkeit. Es entsteht ein Containerterminal-Monopol am Rande der Schweiz, welches für die Feinverteilung ungeeignet ist. Kommt hinzu, dass die SBB Cargo in den letzten 15 Jahren ihr Bediennetz auf der Schiene massiv abgebaut haben und die Schieneninfrastruktur für die Feinverteilung kaum mehr vorhanden ist.

- **Das Hafengebiet 3 ist ineffizient!** Es gibt keinen Hafen auf der Welt mit einem rechtwinkligen Becken im Landesinneren. Auch wenn im Labor die Manöver mach- und fahrbar sind – heisst dies nicht, dass unter realen Bedingungen aufgrund der schmalen Einfahrten, der beschränkten Wendemöglichkeiten etc., nicht viel mehr Probleme entstehen werden. Gegenüber den jetzigen Hafengebieten ist das Neue mit Sicherheit kein Gewinn.

- **Es wird mehr Verkehr und mehr gefährliche Güter geben!** Die Befürworter rechnen mit unrealistischen Wachstumsprognosen im Containerverkehr, die doppelt so hoch sind wie die vom Bundesamt, und leiten so ihre Rechnung von der Verlagerung auf die Schiene her. Hingegen wurde die LKW-Leerfahrquote sehr tief angesetzt. Die Zentralisierung eines riesigen Containerterminals am Rande der Schweiz und das Aufgeben von dezentralen Verladestrukturen werden dazu führen, dass es mehr LKW-Verkehr in Basel geben wird.

- **Wir zerstören ein einzigartiges und wertvolles Naturschutzgebiet und wir greifen direkt die Biodiversität unserer Stadt und Umgebung an!** Der Bund hat dieses Gebiet unter einen sehr besonderen Schutz gestellt. Dieses Gebiet ist von grosser und nationaler Bedeutung für die Biodiversität und als Wanderkorridor für Tiere und Pflanzen – es ist geradezu lächerlich in Anbetracht des Klimanotstands, ein solches Gebiet für den globalisierten Güterhandel zu zerstören.

Das Märchen des ewigen Wirtschaftswachstums ist definitiv zu Ende und es wäre nun dringend angezeigt, eine nachhaltige regionale Wirtschaft, welche die Klima-herausforderungen berücksichtigt, zu entwickeln. Und ein wenig mehr Demut statt Grössenwahn stünde uns auch gut an. Das Containerterminal und das Hafengebiet 3 bringen uns nicht in die Zukunft. Deshalb lehnen wir dieses Projekt ab.



Oliver Bolliger – Basta!-Grossrat

NEIN ZUM HAFEN-BECKEN! 3

Mehr Informationen unter: hafengebieten3nein.ch



Warum wir uns bei den Regierungsratswahlen für eine Co-Kandidatur einsetzen:

Teilen und Beteiligen

Ende Januar haben sich die Mitglieder von BastA! dafür entschieden, eine Co-Kandidatur für die Regierungsratswahlen anzustreben. Diesem Entscheid ging eine intensive Diskussion über die Frage, welche Politik wir machen wollen und welche Gesellschaft wir uns wünschen, voraus. Diskutiert wurde auch, wie wir auf die drängenden Herausforderungen der heutigen Zeit reagieren können, wie wir die wichtigen Forderungen des Frauenstreiks in die reale Politik aufnehmen können und wie unsere politische Arbeit glaubwürdig bleiben kann.

Wir waren uns am Ende einig, dass wir unsere Vision einer Gesellschaft, die gemeinsam Lösungen erarbeitet, einer solidarischen Gesellschaft, in der nicht einzelne Gruppen von der politischen Partizipation ausgeschlossen werden, auch in eine Regierungsratskandidatur einfließen lassen wollen.

Gemischte Reaktionen

Es wurde schnell klar, dass dieser Entscheid kaum jemanden kalt liess. Die Reaktionen, die wir erhielten, reichten von begeisterter Zustimmung („genau das, was es jetzt braucht“) bis zu Häme („es geht Euch nur um Aufmerksamkeit“) und Missgunst („Unfair! Dann können zwei Personen mit doppelter Kraft Wahlkampf machen“). Peter Knechtli von Online Reports verglich BastA! mit den "Progressiven Organisationen" (Poch) der achtziger Jahre: prononciert links, avantgardistisch, regierungskritisch. Dass sich aber gerade Exponenten unserer Bündnisparteien kritisch zu einer Co-Kandidatur äusserten, zeigt vor allem auf, dass es zu einer Denkblockade führen kann, wenn die politische Arbeit nur noch von der Angst vor einem Verlust der Regierungsmacht geleitet wird.

Gesetzliche Vorgaben lassen wenig Spielraum

Nach juristischer Abklärung durch eine Expertin zeichnet sich ab, dass eine Co-Kandidatur nicht eins zu eins mit den geltenden Gesetzen in Einklang gebracht werden kann, sondern eine Verfassungsänderung nötig ist. Diese soll im Hinblick auf die nächsten Wahlen 2024 in Angriff genommen werden. Unser erklärtes Ziel

bleibt aber weiterhin, mit einer Doppelkandidatur anzutreten und von Anfang an transparent zu machen, dass die WählerInnen zwei engagierte Personen erhalten, wenn sie unserer Kandidatur ihre Stimme geben. Diese zwei Personen werden die Verantwortung eines Regierungsratsamts und die anfallende Arbeit so weit als immer möglich untereinander aufteilen.

Die Zeit ist reif

Das Vorbild dieses Modells wird von der kurdischen Partei HDP gelebt, deren Bürgermeisterämter stets co-geleitet werden. Dieses Modell fand in Rojava (Syrien), aber auch in der Türkei grossen Rückhalt bei der Bevölkerung. Wir sind überzeugt, dass auch in Basel die Zeit reif ist für ein solches Modell.

Aktuell erwarten uns riesige Herausforderungen wie zum Beispiel die Klimaerwärmung zu stoppen, eine faire und menschliche Aufnahmepraxis für Flüchtende durchzusetzen, die soziale Umverteilung voranzutreiben oder der Wohnungsnot entgegen zu treten. Wir wollen auch, dass Erwerbsarbeit und Carearbeit geteilt werden, um die allgemeine Arbeitszeit zu reduzieren und Zeit für ein gemeinschaftliches, lebenswerteres Leben zu bekommen. All diese Herausforderungen können wir nur meistern, wenn wir möglichst viele Menschen an politischen Prozessen beteiligen. Es braucht deshalb neue Wege um Lösungen zu finden, die von allen mitgetragen werden.

Die intensive Diskussion und der klare Entscheid zeigen, dass die Mitglieder von BastA! den Mut und den Willen haben, ihre politischen Ziele und Visionen auch mit neuen, noch ungewohnten Mitteln in die Realpolitik einzubringen.

Wagen wir dieses Abenteuer – wir können nur gewinnen!



Heidi Mück, Co-Präsidentin BastA!

Gemeinsames Lernen, statt Lehrmittelfreiheit!

In den vergangenen Wochen hat der Verein Starke Schule beider Basel Unterstützer*innen, für das Komitee einer Volksinitiative für geleitete Lehrmittel gesucht. Die Initiant*innen suggerieren, dass es ihnen darum gehe, dass alle Lehrpersonen mit dem Lehrmittel unterrichten sollen, welches ihnen und ihren Schüler*innen entspricht.

Damit ist in erster Linie das Französischlehrmittel "Mille Feuille" und die Sprachdidaktik gemeint. Die Initiant*innen wollen zurück zu Wörtlipauken und Grammatiktests. Die Schüler*innen konnten früher nicht besser Französisch, sondern die Leistungen waren einzig besser mess- und vergleichbar.

Darum wird auch der kürzlich erfolgte Entscheid von Erziehungsdepartement und Erziehungsrat, inskünftig aus zwei Mathematik Lehrmitteln wählen zu können, von der Starken Schule kritisch kommentiert. Es geht ihnen nicht um die prinzipielle Einsetzung von verschiedenen Lehrmitteln in unterschiedlichen Fächern, sondern einzig um das Französischlehrmittel.

Wir stellen fest, dass die ganze Diskussion um das Lehrmittel eine Scheindiskussion ist. Eigentlich geht es um die Selektion und nicht um ein Lehrmittel. Die Angst der Eltern, dass ihren Kindern ein Nachteil erwächst, wenn Französisch als selektionsrelevantes Fach zählt, ist der eigentliche Grund dieser Diskussion.

Unsere AG Bildung kommt zu dem Ergebnis, dass es nur ein sinnvolles Mittel gibt, um diese ziellose Diskussionen zu stoppen und Kindern wie Lehrpersonen das Lernen und Lehren einfacher zu machen: bis zum Ende der Primarschule muss auf Noten für die Fächer Französisch und Englisch verzichtet werden. Sprache sollte in diesem Alter spielerisch und lustvoll erlernt werden. Selektion hat beim Spracherwerb zu diesem Zeitpunkt nichts verloren.

Überhaupt verunmöglicht der Noten- und Selektionsdruck eine kreative, lebendige Schule. Der Leistungsdruck auf Schüler*innen hat massiv zugenommen. Wir glauben, dass es einen Marschhalt braucht. Um eine gute Schule zu gestalten, benötigt sie weniger Selektion und mehr Leistungsbeurteilungen, wie sie zu Zeiten der OS üblich waren. Die ersten fünf Jahre notenfrei und erst im letzten Jahr der Primarschule eine selektionsrelevante, aber prospektive Beurteilung.

Andreas Vincenzi, Primarlehrer

Mit Nachhaltigkeit so richtig in die Klimakrise!

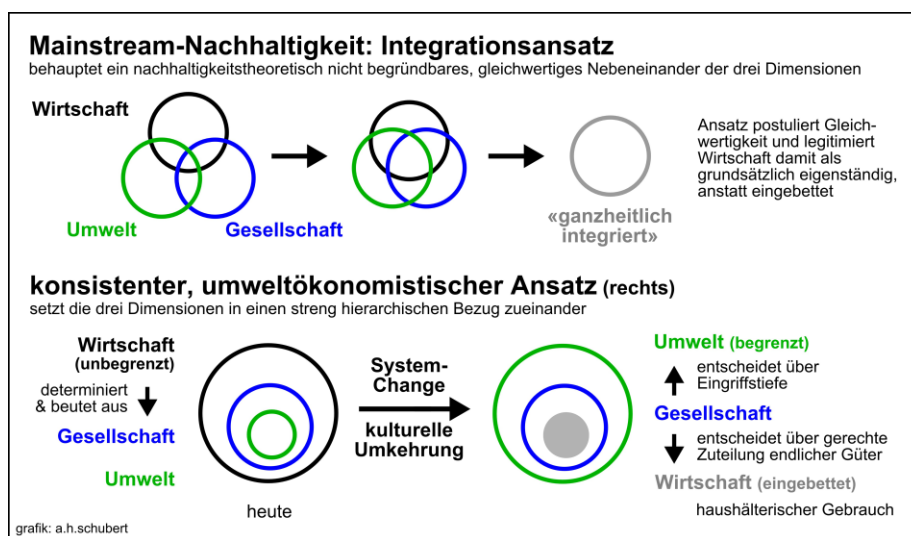
So langsam dämmerts allen: mit Nachhaltigkeit sollten wir noch einen Zahn zulegen, wollen wir nicht vollends in die Klimakatastrophe rennen. Angesichts von Hitzerekorden, verbrannten Wäldern und Feldern, Dürren, Wirbelstürmen, Murgängen und toten Fischen in einem überhitzten Rhein ist offensichtlich: wir brauchen mehr Nachhaltigkeit! Wirklich?

Als Reaktion auf „1968“ und die „Grenzen des Wachstums“ (1972), auf Ölpreisschock (1973) und Waldsterben, Ozon und Tschernobyl, auf DDT und Armut in der Welt, wurde 1987 mit dem Brundtlandbericht – der noch heute als Grundlage der baselstädtischen Nachhaltigkeitsstrategie zitiert wird – Wachstum durch „sustainable development“ neu legitimiert. Allein die Industrieländer sollten demnach jährlich 3-4% wachsen. Gemäss der 1992 in Rio beschlossenen „Agenda 21“ müsse folglich „die internationale Staatengemeinschaft (...) dem Protektionismus Einhalt gebieten und ihn umkehren, um eine weitere Liberalisierung und Expansion des Welthandels (...) zu bewirken“ (Kap. 2.10).

Und auch historisch ist Nachhaltigkeit weniger rühmlich, als angenommen. Das Konzept wurzelt nicht in der deutschen Forstpolitik, in der Carl von Carlowitz 1713 „nachhaltend“ erstmalig gebrauchte. Carlowitz importierte die Idee des kontrolliert-kontinuierlichen Einschlags aus England und Frankreich, wo sie von der British Royal Navy und dem französischen Hof zur langwährenden Herrschaftssicherung in den 1660er Jahren erlassen wurde. Für ein erfolgreiches Holzmanagement wurde die Allmendnutzung der Wälder verboten. Und das Prinzip der Effizienzmaximierung führte zu den europäischen Hochwaldmonokulturen.

Erneut werden heute – für Agrosprit und Palmölproduktion – Biodiversität-Hotspots zerstört und auf Selbstversorgung setzende Bauern aus Wäldern vertrieben. Deren lokales Auskommen gerät unter die Räder des globalen Dursts nach grünem Öl. So sollte es nicht wundern, dass der Grossteil aller Palmölimporte in die EU verheizt oder verfahren wird (65%).

Auch wenn das in der Schweiz nicht zulässig ist – stehen „wir“ zu „Umwelt“-Fragen besser da? Mitnichten: Die Schweizer CO₂-Emissionen liegen praktisch noch immer so hoch, wie in den 90ern. Nationalstrassen werden ausgebaut, der Flugverkehr steigt dramatisch, die Autoflotte ist die durstigste Europas, die Endenergie grösstenteils fossil.



D.h. „unser“ Entwicklungspfad ist falsch. Im Schatten von Nachhaltigkeit. Im Zeichen der Nachhaltigkeit. Global sind die CO₂-Emissionen seit Rio um 70% gestiegen. In den Folgejahren nach dem Klimaabkommen von Paris finanzierten CS und UBS jährlich wachsende Milliardenbeträge in fossile Industrien (Banking on Climate Change-Report 2019).

So wie das historische Konzept der Nachhaltigkeit eines der Herrschaftssicherung war, ist es das heutige, moderne, auch. So seien die drei Dimensionen Ökonomie, Soziales und Ökologie „ganzheitlich“ zu integrieren, respektive die Säulen Wirtschaft, Gesellschaft, Umwelt „gleichwertig“ zu berücksichtigen. Zwar war dieser Integrationsansatz in Rio so nicht angelegt, doch wurde er in den 90ern äusserst populär. Weshalb? Weil die drei Dimensionen direkt auf die ab ca. 1970 virulenten gesellschaftlichen Legitimationskrisen bezogen werden konnten: 1. auf das in die Krise geratene, einst auf Massenkonsum zielende Wirtschafts- und Entwicklungsmodell des Fordismus; 2. auf die soziale Krise unzureichender Teilhabe (entwicklungspolitisch, in Bezug auf das gescheiterte Modell nachholender Entwicklung, als auch bezüglich gesellschaftlicher Mitsprache anstelle techno- und expertokratischer top-down-Planung); und 3. auf den mit der „Öko“-Krise einhergehenden, hohen Legitimationsbedarf im Zuge der „Ökologischen Revolution“ um 1970.

Nachhaltigkeit war nie etwas anderes, als integraler Bestandteil neoliberaler Politik. So ist das Abkommen von Paris genauso wenig sanktionierbar, wie alle Nachhaltigkeitsvereinbarungen zuvor – ganz im Gegensatz

zu horrenden Strafen bei Freihandelsverstössen. Will man die drei Dimensionen tatsächlich bemühen, so könnte man mit ihnen einen Kernaspekt des notwendigen System-Changes trefflich erklären – nämlich die notwendige Nachrangigkeit wirtschaftlichen Handelns als einem der Gesellschaft dienendem Handeln (vgl. Grafik). Doch dies setzt eine gewisse nachhaltigkeits-theoretische Stringenz voraus. Und die wird gescheut. Sowohl mit dem in Bundesbern verfolgten „Kapitalstockmodell“, als auch mit der in Basel herrschenden Politik einer ganzheitlich-integrativen, doch inhaltlich völlig beliebigen „360°-Optik“.

Wo sind die nachhaltigkeits-theoretischen begründeten Abwägungsgrundsätze für Zielkonflikte? Was sind die Handlungsschranken – z.B. bezüglich unserem noch möglichen CO₂-Budget? Mainstream-Nachhaltigkeit ist eine ungerechtfertigte Ideologie. Eine emotional beruhigende und darin depolitisierende Strategie. Nachhaltigkeit provoziert ganz offensichtlich nicht jene mutige Politik, die wir angesichts des Klimanotstandes so dringend bräuchten. Sie ist eine gesellschaftliche Illusion, mit der eine zutiefst unaushaltbare Welt ein wenig aushaltbarer erscheint.

Axel H. Schubert
Stadtplaner; Nachhaltigkeitskritiker,
Klimaaktivist

axel.schubert@klimaverantwortungjetzt.ch



Raffaella Hanauer ist die zweite junggrüne Grossrätin



Raffaella Hanauer ist neu in den Grossen Rat eingezogen und damit das zweite jgb-Mitglied in der gemeinsamen Fraktion. Seit sieben Jahren ist die 26-jährige politisch aktiv. Sie studiert Geschichte und Politikwissenschaft im Master an der Uni Basel und arbeitet bei Pro Velo beider Basel. Zeit für einen Rückblick.

Wieso bist du vor sieben Jahren dem jgb beigetreten?

Das ist eine spannende Geschichte! Während meiner Schulzeit interessierte ich mich überhaupt nicht für Parteipolitik. Zeitung lesen war mir fremd und am Familientisch wurde auch kaum über Politik gesprochen. Dafür haben meine Eltern mir ein starkes Umweltbewusstsein und einen ausgeprägten Sinn für Gerechtigkeit mitgegeben. Ich selbst habe während meiner Schulzeit niemals daran gedacht, den Jungen Grünen beizutreten. Politisiert wurde ich erst in meinem Zwischenjahr nach der Matura, und zwar durch das Ex-Migrol Areal, den „Wagenplatz“. Auf dem Wagenplatz habe ich miterlebt, wie Politik in Bewegungen und auf der Strasse stattfindet. Das war meine erste politische Erfahrung. Als der Wagenplatz geräumt wurde, empfand ich dies als sehr ungerecht. Ich konnte nicht glauben, wie ein gesellschaftlich bereicherndes und schönes Projekt wie der Wagenplatz einfach so geräumt werden kann, und gleichzeitig für dringende Anliegen wie Klima oder Umweltschutz kaum etwas getan wurde. Ab dann war für mich klar, dass ich mich langfristig für eine gerechte Stadtentwicklung, für Umweltschutz und Klimaschutz einsetzen will. So

machte ich mir Gedanken dazu, in welcher Form. In politischen Bewegungen zu bleiben war mir damals zu wenig, also trat ich dem jgb bei, was ich seither niemals bereute.

Wie siehst du deine politische Arbeit heute im Vergleich zu damals? Haben sich deine parteipolitischen und ideologischen Positionen verändert?

Nein, ich denke nicht, dass sich meine Positionen verändert haben. Ich habe jedoch bemerkt, dass ich bei Projekten und Aktionen pragmatischer wurde: Früher hatte ich eine Aktionsidee und, ohne gross nachzudenken, setzte ich dann alles in Bewegung, um diese Aktion sofort durchzuführen. Heute hingegen stosse ich spontane Aktionen nur noch dann motiviert an, wenn ich auch von ihrem Nutzen überzeugt bin. Ich versuche also, meine Energien zu bündeln und für das einzusetzen, was nach meiner Meinung am stärksten zu einem Wandel beiträgt.

Für welche Themen brennst du besonders leidenschaftlich?

Nach wie vor sind die Themen, für die ich am meisten Antrieb und Motivation habe, der Umweltschutz, Klimaschutz und die Ungerechtigkeiten in unseren Gesellschaften. Ich würde sogar sagen, dass ich heute fast schon motivierter bin, in diesen Themen weiter zu kommen, weil ich nun seit sieben Jahren Politik mache, und sich immer noch kaum was verändert hat. Das macht mich manchmal wütend, gibt mir aber auch mehr Motivation. Wir brauchen endlich den nötigen Wandel hin zu einer gerechten und ökologischen Gesellschaft.

Was ist der nächste Schritt für dich? Im Grossen Rat, mit dem jgb und vielleicht auch darüber hinaus?

Ich freue mich auf die Arbeit im Grossen Rat! Als Grossrätin übernehme ich Verantwortung und möchte dadurch in meinen Hauptthemen einiges voranbringen. Daher hoffe ich, auch im Herbst wiedergewählt zu werden. Nach den Wahlen wird dann wohl die Frage für mich kommen, zu welcher Mutterpartei ich wechseln will, denn nach acht Jahren bei den Jungen Grünen, könnte dann auch für mich der Moment für einen Wechsel gekommen sein.

Was können die Grünen/die BastA! noch vom jgb nordwest lernen?

Beim jgb haben wir einen sehr familiären Umgang untereinander. Wir respektieren uns, haben starke freundschaftliche Beziehungen und eine sehr schöne und produktive Diskussionskultur. Wenn wir gemeinsam ein Projekt anpacken, dann macht es einfach Spass! Manchmal habe ich das Gefühl, dass der gemeinsame Spass und die geteilte Freude an der Politik bei den Mutterparteien zu kurz kommen.

Was kann das jgb nordwest noch von den Grünen/der BastA! lernen?

Beim jgb organisieren wir uns manchmal ein wenig chaotisch und spontan, da könnten wir sicherlich noch ein wenig von den Mutterparteien dazulernen. Sie haben gefestigte Strukturen, die sich bewährt haben und nach meinem Eindruck auch klar geregelte Abläufe und Aufgabenteilungen. Bei uns ist da immer mal wieder einiges unklar oder wenn es mal klar ist, wird es bald wieder über den Haufen geworfen, weil sich eine Jungpartei stets verändert. Vielleicht muss das ja so sein, aber vielleicht könnten wir da schon noch einiges dazulernen.



Das Interview führten Reja Wyss und Laura Schwab, junges grünes bündnis nordwest

Nein zum Abschussgesetz!



Die Wälder sind unter Druck. Trockenheit, Hitze und die intensive Nutzung setzen ihnen zu. Um die Widerstandsfähigkeit des Waldes zu erhöhen, braucht es ein breites Spektrum an Baumarten und eine natürliche Waldverjüngung. Gerade in Bergwäldern, die als Schutzwald wichtig sind, helfen Grossraubtiere wie Luchs und Wolf, die Fressschäden an den jungen Bäumen zu reduzieren und so dank natürlicher Waldverjüngung einen stabilen und

artenreichen Wald entstehen zu lassen. Umso unverständlicher ist es, dass mit dem geänderten Jagdgesetz Wölfe abgeschossen werden könnten, auch wenn sie keinerlei Schaden anrichten. Tritt dieses Gesetz in Kraft, kann künftig der Bundesrat zudem in eigener Kompetenz weitere geschützte Tiere zur Jagd freigeben. Im Fokus stehen dabei Luchs, Biber, Fischotter und Graureiher.

Tonja Zürcher, Grossrätin

Parolen vom 17. Mai 2020

National

NEIN zur Volksinitiative vom 31. August 2018 «Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative)»

NEIN zur Änderung vom 27. September 2019 des Bundesgesetzes über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel (Jagdgesetz, JSG)

NEIN Änderung vom 27. September 2019 des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer (DBG) (Steuerliche Berücksichtigung der Kinderdrittbetreuungskosten)

Kantonal

NEIN zum Grossratsbeschluss vom 12. Februar 2020 betreffend Ausgabenbewilligung zur Realisierung des Hafenbeckens 3 (vorbehältlich des Zustandekommens des Referendums)

allfällige Richterwahl (kantonal)

Patrizia Schmid (SP)

Der Wolf im Schafspelz – Nein zur steuerlichen Berücksichtigung der Kinderdrittbetreuung

Gleichstellungspolitische Anliegen gewinnen im Parlament meist unter zwei Voraussetzungen:

1. Wenn sie zum Funktionieren der Wirtschaft beitragen.
2. Wenn der gesellschaftspolitische Druck gross genug ist.

In der Frage der Steuererleichterungen für die Kinderdrittbetreuungskosten spielte vor allem der erste Grund eine ausschlaggebende Rolle. Unter dem Fokus des „Fachkräftemangels“ sollen Anreize geschaffen werden, hochqualifizierte Mütter in die Erwerbsarbeit zu bringen. Hohe Betreuungskosten, so die Argumentation, halten Frauen von der Erwerbsarbeit ab. Dem will man mit Steuerabzügen begegnen. Zudem sei es ungerecht, dass nur einkommensschwache Familien von Zuschüssen für Kinderbetreuung oder Wohnungsmiete profitieren. Es brauche also Steueranreize.

Gleichstellung – aber für wen?

Von den 350 Millionen Franken, die das Steuergeschenk an Private kostet, fliessen 245 Millionen an die oberen 15 Prozent auf der Einkommensskala. 70% der Steuererleichterungen sind also den reichsten Familien der Schweiz vorbehalten. Dieses Geld fehlt bereits jetzt für dringende sozial- und gleichstellungspolitische Massnahmen, die allen helfen würden.

In dieser Vorlage diente also die Gleichstellungsdebatte als Vorwand, um die Umverteilung von unten nach oben vorwärts zu treiben. Dafür sind die Frauen* nicht am 14. Juni auf die Strasse gegangen. Weshalb sollte sich die Gesellschaft finanziell stärker um das Wohl der Kinder aus reichen Familien bemühen, als um das Wohl aller anderen Kinder?

Vorschlag: Ein Recht auf KiTa

Was es tatsächlich braucht, wäre eine steuerfinanzierte Kinderbetreuung, an der sich die

gesamte Gesellschaft, auch kinderlose Menschen, beteiligen. Es ist die Aufgabe aller, dafür zu sorgen, dass unsere Kinder gut betreut sind. Dazu gehört nicht nur das Recht auf einen KiTa-Platz, sondern auch, dass dieser gratis ist bzw. über Steuereinnahmen genügend finanziert ist. Alle Kinder sollten uns, unabhängig vom Einkommen der Eltern, gleich wertvoll sein.

Darüber hinaus brauchen wir dringend eine Aufwertung der Betreuungsberufe. Unsere Erzieher*innen und Pflegekräfte leisten tagtäglich wertvolle Arbeit für die Zukunft aller. Die Bedingungen, unter denen sie arbeiten, zu verbessern, ist ebenso notwendig, wie die Grundlagen dafür zu schaffen, jedem Kind einen guten Betreuungsplatz zu ermöglichen.

Franziska Stier, Parteisekretärin

Flüchtlingseind: Die Schweiz muss handeln!

Die Asylgesuche in der Schweiz sind seit 2015 rückläufig und waren 2019 auf dem tiefsten Stand seit 2007. Die Zahl der Menschen auf der Flucht, die seit 2015 auf griechischen Inseln «gestrandet» sind, steigt kontinuierlich an. Bundesrätin Karin Keller-Sutter kündigte Ende Januar an, die Schweiz wolle unbegleitete Minderjährige mit Familienbezug in die Schweiz überführen. Gemäss Dublin Abkommen Art. 6 und 8 ist die Schweiz jedoch ohnehin dazu verpflichtet.

Die Absprachen zwischen Griechenland und der Schweiz funktionieren aber alles andere als reibungslos. Mir ist ein Fall bekannt, in welchem der Vater seit mehreren Monaten seinen unbegleiteten minderjährigen Sohn in Griechenland weiss. Der Vater und unter anderem die Tante des Kindes haben in der Schweiz eine vorläufige Aufnahme erhalten. Der Sohn lebt im Camp Moria, wo mittlerweile 20'000 Menschen unter prekärsten Bedingungen zu überleben versuchen. Das Staatssekretariat für Migration (SEM) kommuniziert auf Anfrage, dass ihm die Hände gebunden sind, da von Griechenland noch keine offizielle Anfrage auf Familienzusammenführung

gestellt worden ist.

Es steht in den Sternen, wann Griechenland in der Lage sein wird, das Übernahmegesuch für den Sohn zu stellen. Ein Blick in die Medien zeigt, dass Griechenlands jahrelange Überforderung mit der Situation gerade jetzt noch einmal auf ein absurdes Level gehievt wird: Das Recht auf Asyl wird grundsätzlich für einen Monat verweigert, Rechtsextreme versuchen, die wenigen Helfer*innen der noch verbliebenen NGOs zu vertreiben, und das Griechische Militär bekämpft gemeinsam mit Frontex gewaltsam die verzweifelten Menschen auf der Flucht, welche der Situation schutz- und hilflos ausgeliefert sind. Diese unhaltbaren Zustände werden sich aufgrund der Erpressungsstrategie der Türkei («Bezahl oder wir schicken euch die Flüchtlinge») nun täglich weiter zuspitzen.

Das Schweizer Parlament hat in dieser Session ebenfalls reagiert: Es gab mehrere Vorstösse zur Thematik.

Auch ich wollte vom Bundesrat wissen: Welche Rolle spielt die Schweiz beim Ausbau der Unterstützung von Frontex und wie kann die Schweiz die Verantwortung

über die Familienzusammenführung übernehmen? Eine Motion von Nationalrätin Samira Marti verlangt angesichts der gegenwärtigen Notlage die volle Auslastung unserer Asylzentren. Geplant ist von mir ein Vorstoss zum Schutz von unbegleiteten Minderjährigen auf der Flucht. Basierend auf den Forderungen der Petition «Schutz für Kinder auf der Flucht» soll 200 unbegleiteten Kinderflüchtlingen zwecks Durchführung des Asylverfahrens die Einreise in die Schweiz ermöglicht werden. Und zwar ohne, dass sie einen familiären Bezug zur Schweiz haben. Denn das sollte eine Selbstverständlichkeit sein.

Die Petition kann hier unterschrieben werden:

www.Schutz-fuer-Kinder-auf-der-Flucht.ch



Sibel Arslan, Nationalrätin

ANZEIGE

SOLIDARITÄTS-TAGE SANS-PAPIERS

4 Veranstaltungen
zu Gunsten der
Anlaufstelle für
Sans-Papiers



SOLIDARITÄTS-TAGE SANS-PAPIERS

Veranstaltungen zu Gunsten der Anlaufstelle für Sans-Papiers

Ist Ihnen schon aufgefallen, wie mutig und selbstbewusst die Sans-Papiers in den letzten Jahre in der Öffentlichkeit auftreten und ihre Anliegen vorbringen? Das ist nicht zuletzt das Verdienst der Anlaufstelle. Sie bietet nicht nur vielfältige Unterstützungsleistungen und Beratungen an, sondern hat auch erreicht, dass die Sans-Papiers sich in Communities organisiert haben und ihre Sachen vermehrt selber in die Hand nehmen. Damit die Anlaufstelle ihre wertvolle Arbeit fortführen kann, braucht sie Ihre Unterstützung. Besuchen Sie unsere Benefizveranstaltungen, geniessen Sie ein gutes Essen, einen packenden Film, hinreissende Musik und Spoken Word Poesie. Der Reinerlös der Veranstaltungen kommt vollumfänglich der Anlaufsstelle für Sans-Papiers zugute.

Donnerstag, 22. März

"Bikini Girls Soli-Konzert im Hirscheneck, Lindenberg 23
Eintritt Fr. 10.- / 20.- (Soli-Ticket) / 40.- (Gönner*innen-Ticket)
Bar ab 20 Uhr
anschliessend After-Bar

Samstag, 28. März

"Le Havre" von Kauris Mäki im Neuen Kino, Klybeckstrasse 247
Bar ab 19:30 Uhr
Filmbeginn um 20:00 Uhr
Kollekte zugunsten der Anlaufstelle